



**Eine Welt Netzwerk
Hamburg e.V.**

Große Bergstraße 255
22767 Hamburg
Tel 040 / 358 93 86
Fax 040 / 358 93 88
info@ewnw.de
www.ewnw.de

Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2011 des Eine Welt Netzwerks Hamburg e.V. vor der Bürgerschaftswahl am 20. Februar 2011

**Die Antworten der GAL
für den Landesvorstand von Andreas Waldowsky
(Fachsprecher für Europapolitik & Internationales)**

Bankverbindung
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto 1241 122 330

1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe mit einer sinnvollen Gesamtstrategie

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg sieht Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Sie betrifft alle Fragen, die sich mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, und reicht von der Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Umweltpolitik in Hamburg über die Auseinandersetzung mit Rassismus bis hin zur direkten Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens und Nordens. Oft macht leider die eine Hand genau das, was die andere zu verhindern sucht.

Stichwort Klimawandel: Plastisches Beispiel ist hier das geplante Kohlekraftwerk Moorburg, das Unmengen an CO₂ ausstoßen wird, während an anderer Stelle versucht wird, diese Emissionen einzudämmen. Bislang findet keine regelmäßige Berichterstattung und keine Debatte über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der verschiedenen Felder der Senatspolitik statt. Außerdem fehlt eine Diskussion über die entwicklungspolitische Gesamtstrategie des Senats. Wir halten dies aber für eine Selbstverständlichkeit, schon allein um Transparenz zu erzeugen und Ansätze für ein kohärentes Vorgehen zu schaffen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Hamburgs Entwicklungspolitik kohärenter wird und dass der Senat seine Aktivitäten einem regelmäßigen, entwicklungspolitischen Monitoring unterzieht?

Ja.

Die GAL begreift Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe, die besondere Relevanz in den Bereichen der Wirtschaft-, Umwelt-, Bildungs-, Kultur- und Integrationspolitik erhält. Dies haben wir in unserem Wahlprogramm auch klar benannt.

Wir benötigen in Hamburg insgesamt ein starkes Engagement dafür, dass die entwicklungspolitischen Aufgaben in allen Politikbereichen konsequent mitgedacht werden. Unsere Bestrebung ist es, analog zum regelmäßigen Bericht des Hamburger Senats über seine europapolitischen Aktivitäten, einen Senatsbericht über das entwicklungspolitische Engagement der Stadt Hamburg zu etablieren, der ein Monitoring ermöglicht. Im Übrigen war uns auch aus diesem Grund die rechtlich unumgängliche Genehmigung des Kohlkraftwerkbaus in Moorburg keine leichte Entscheidung – sie war aber unabwendbar. Wir haben bis zuletzt gegen das inakzeptable Klimamonster in Moorburg gekämpft und verloren. Gründe waren die Vorfestlegung des CDU-Vorgänger-Senats und ein Beschluss des Oberverwaltungsgerichts.

2. Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik

Seit vielen Jahren fordert das Eine Welt Netzwerk Hamburg einen entwicklungspolitischen Beirat, der konkrete Leitlinien für die Hamburger entwicklungspolitische Politik formuliert und weit reichende Kompetenzen hat. Immerhin: Im Juni 2010 hat der neu gegründete Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik seine Arbeit aufgenommen. Bedauerlicherweise hat er aber ein sehr eingeschränktes Mandat. Vorgesehen ist lediglich, dass das ehrenamtlich arbeitende Gremium auf Senatsanfragen reagiert und Stellungnahmen - oder gar Gutachten - zu deren Anliegen erstellt. Eine Eigeninitiative der Experten und Expertinnen ist nicht vorgesehen. Zudem ist der Rat an die Legislaturperiode gekoppelt und seine Zukunft somit ungewiss. Wir halten eine

kontinuierliche Arbeit des Rates über eine Legislaturperiode hinaus für sinnvoll und effektiv.



Setzen Sie sich für einen Entwicklungspolitischen Rat ein?

Ja.

Die GAL hat sich dafür stark gemacht, dass die Wiedereinrichtung des Entwicklungspolitischen Beirates geprüft wurde. Ergebnis dieser Prüfung war die Gründung des heutigen Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik in seiner aktuellen Besetzung. Die GAL möchte diesem wertvollen Gremium, dessen Mandat derzeit leider an die der Legislatur gekoppelt ist, verlässlichere Arbeitsstrukturen geben.

Wir wünschen uns eine Fortführung der Arbeit des Gremiums und möglichst eine Beibehaltung der Besetzung. Der Rat hat bereits interessante Vorschläge erarbeitet, die weiterverfolgt werden sollen. Besonders vordringlich erscheint uns dabei auch die Aktualisierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien.

3. Finanzierung Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Auch wenn wir Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe sehen und finden, dass fast alle Aktivitäten der Politik und Verwaltung entwicklungspolitische Auswirkungen haben, so interessiert uns doch ganz besonders der Bereich Internationales. Seit 2008 sind die Haushaltsansätze in den schon vorher gering ausgestatteten Bereichen Städtepartnerschaften, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit insgesamt um 85.000 Euro gekürzt worden. Zudem wurde die institutionelle Förderung von entwicklungspolitischen Vereinen vor längerer Zeit gestrichen.

Diese finanzielle und personelle Ausstattung der genannten Haushaltstitel ist einer modernen und weltoffenen Hafenmetropole unwürdig. Auch im vorliegenden Haushaltsentwurf 2011/2012 sind die Ansätze reduziert worden.

Werden Sie diese Titel aufstocken?

Ja.

Eine moderate Erhöhung des Titelansatzes für Entwicklungszusammenarbeit erscheint uns insgesamt geboten, sofern die haushaltspolitische Lage das zulässt. Mit der Titelerhöhung für Städtepartnerschaften im Zuge der Städtepartnerschaftsschließung mit Dar es Salaam wurde zudem schon eine spürbare Anhebung vorgenommen, die auch eine Entlastung des Titels für Entwicklungszusammenarbeit nach sich ziehen wird. Bisher sind die Projekte mit Dar es Salaam aus dem Titel für Entwicklungszusammenarbeit gezahlt worden.

Setzen Sie sich für eine institutionelle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen der entwicklungspolitischen Arbeit in Hamburg ein?

Ja.

Die GAL hat in ihr Wahlprogramm mit aufgenommen, dass im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftliche Organisationen auch wieder institutionell unterstützt werden sollen. Eine verlässliche finanzielle Förderung seitens der Stadt legt Ressourcen frei, die letztlich für die konkrete Projekt- und Bildungsarbeit genutzt werden können. Außerdem wollen wir mit der Wiedereinführung der sogenannten Kleinstmittelförderung der Stadt wieder die Möglichkeit geben, kleinere entwicklungspolitische Initiativen in ihre Förderung mit aufzunehmen.

4. Rolle der Zivilgesellschaft

Die meisten der entwicklungspolitischen Aktivitäten, die von Hamburg ausgehen, werden von Akteuren der Zivilgesellschaft angestoßen, getragen und vorangetrieben.

Auch viele MigrantInnen in Hamburg engagieren sich in Initiativen und gründen eigene Vereine, die migrations- und entwicklungspolitische Themen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Leider bleibt deren Arbeit oft unsichtbar und sie haben mit verschiedenen Benachteiligungen zu kämpfen, etwa beim Zugang zu öffentlichen Geldern.

Wie stellen Sie sich angesichts der Haushaltskürzungen die Unterstützung neuer entwicklungspolitischer Initiativen und speziell von MigrantInnen-Organisationen vor, von denen viele zu den Mitgliedern des Eine Welt Netzwerks Hamburg zählen?

Die GAL hat in ihr Wahlprogramm auch die Förderung migrantisch-diasporischer Selbstorganisationen im Rahmen der Entwicklungspolitik der Hansestadt mit aufgenommen. Gerade eine Stadt wie Hamburg, die wie kaum eine andere von Migrationsgeschichten mitbestimmt ist, hat hier ein Potential, dass es sichtbar zu machen gilt. Unserer Ansicht nach ist die Förderung der migrantisch-diasporischen Selbstorganisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit durch eine nachhaltige und behördenübergreifende Haushaltsdisziplin, der Wiedereinführung der Kleinstmittelförderung und eine moderate Anhebung des Titels für Entwicklungszusammenarbeit finanzierbar. Die migrantisch-diasporischen Selbstorganisationen sind ein wesentlicher Bestandteil der entwicklungspolitischen Szene der Hansestadt Hamburg.

5. Globales Lernen / Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich verpflichtet, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Nachfrage, etwa von Schulen, nach innovativen Projekten zum Globalen Lernen wächst – auch in Hamburg. Leider sind viele Vereine, die Projekte zum Globalen Lernen anbieten, gar nicht in der Lage, den vielen Anfragen gerecht zu werden.

So genießt beispielsweise die EWNW-Mitgliedsgruppe open school 21 bundesweit hohe Anerkennung für ihre Projekte und Methoden. Sie bietet gemeinsam mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel der Kinderkulturkarawane, den peace brigades international oder der Bramfelder Laterne, das Potential ein Zentrum für Globales Lernen in Hamburg zu werden. Dafür mangelt es allerdings sowohl an den dafür notwendigen Ressourcen als auch an der politischen Unterstützung.

Es fehlt an einer Grundförderung, die es ermöglicht, langfristig zu arbeiten und auf den wachsenden Bedarf und die höheren Ansprüche an Qualität angemessen reagieren zu können.

Setzen Sie sich dafür ein, das Globale Lernen in Hamburg wirksam zu stärken?

Ja.

Die open school 21 hat Konzepte erarbeitet, bei denen es darum geht, die Themen der nachhaltigen Entwicklung und globaler Verantwortung kritisch und kreativ zu erfassen und gemeinsam mit Schüler/innen Handlungsoptionen zu erarbeiten.

Die GAL begrüßt ausdrücklich das Engagement der open school 21 und hat sich stets für eine Förderung der Projektidee eingesetzt. Die Erhöhung der bestehenden Grundförderung der open school 21 wird dabei insbesondere in den Blick zu nehmen sein, wollen wir doch, dass das Projekt den wachsenden Bedarf an außerschulischen Angeboten im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nachkommen kann. Die Expertise, die in dieser Stadt vorhanden ist, muss optimal für die Bildungsarbeit eingesetzt werden können.

6. Flüchtlinge

Im Rahmen seiner Verantwortung für eine zukunftsfähige globale Entwicklung und den Ausgleich von reichen und armen Ländern könnte Hamburg eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe darin sehen, Vertreibung, Fluchtursachen und Armut zu bekämpfen. Ein erster Schritt wäre, den Menschen aus Afghanistan, Serbien, Kosovo, dem Irak und anderen Ländern hier – in einer der reichsten Städte der Welt - Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Dazu gehört auch, den vielen Tausenden Menschen, die in der Hansestadt seit vielen Jahren nur mit einer Duldung leben, eine Perspektive zu ermöglichen. Bislang dürfen sie nicht arbeiten und den Jugendlichen bleibt eine Ausbildung verwehrt.

Zudem leiden sie unter den Sondergesetzen, die ihre Freizügigkeit einschränken. Sie haben auch eine schlechtere Gesundheitsversorgung und noch weniger Geld zum Leben als Harz-IV-EmpfängerInnen.

Besonders besorgniserregend ist die Situation für Flüchtlinge, die von Hamburg aus in das Lager Nostorf/Horst bei Boizenburg geschickt werden. Familien leben dort völlig abgeschieden, die Kinder können keine Schule besuchen!

Werden Sie sich – vor Ort und auch auf Bundesebene - für eine ernst gemeinte Gleichberechtigung und für mehr Rechte und Lebensperspektiven für die Hamburger ohne Aufenthaltstitel einsetzen?

Ja.

In Hamburg leben etwa 5 000 Menschen jahrelang nur „geduldet“, sie dürfen hier nicht arbeiten oder wohnen. Wir möchten, dass sie endlich in Hamburg ankommen und ihr Leben eigenverantwortlich führen können. Dafür wollen wir landespolitische Spielräume ausschöpfen, um ihnen den Zugang zu Deutschkursen, Kita und Schule, Ausbildung, Arbeit und Wohnung zu gewähren. Die Beschränkungen durch öffentliche Unterbringung und Residenzpflicht müssen abgeschafft werden.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Nostorf/Horst wollen wir beenden. Abschiebungen und Abschiebehaft sind traumatische Erlebnisse. Wo wir sie politisch nicht verhindern können, müssen höhere Mindestanforderungen als bisher gelten. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie Minderjährige, Schwangere, Kranke und Alte sollen nicht in Abschiebehaft genommen werden. In der Abschiebehaft wollen wir die Bedingungen verbessern, das gilt insbesondere für Beratungs- und Kontaktmöglichkeiten.

Wir brauchen Clearingverfahren für Flüchtlinge. Das bisher angewandte Verfahren zur Altersfeststellung lehnen wir ab. Abschiebungen in Krisengebiete wie Tschetschenien, Iran oder Guinea lehnen wir genauso ab wie Rücküberstellungen nach Griechenland.

Auch Menschen ohne Aufenthaltspapiere haben das Recht auf Bildung und Ausbildung, auf gesundheitliche Versorgung und auf Lohn für geleistete Arbeit.

Dafür wollen wir uns einsetzen. Wir wollen, dass Flüchtlingsorganisationen in der Härtefallkommission vertreten sind.



7. Militarisierung

Wir meinen: Im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens sollte sich die Stadt verpflichten, die Produktion, den Handel oder den Transport von Waffen nicht mit Mitteln der Hamburger Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Hamburg sollte sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Beschränkung von Rüstungsproduktion und -export einsetzen.

Welche konkreten Initiativen werden Sie ergreifen?

Hamburg ist auf grüne Initiative hin Mitglied der internationalen Nichtregierungsorganisation „Mayors for Peace“ geworden. Das Städtenetzwerk ist eine breite Bewegung gegen Rüstung und für den Frieden. Die Grünen setzen sich darüber hinaus für ein wasserdichtes internationales Waffenhandelsabkommen ein, um den unmenschlichen Kreislauf von Krieg, Waffen und Gewalt in vielen Regionen dieser Welt endlich zu durchbrechen.

8. Postkolonialismus

Keine andere Stadt in Deutschland hat von der europäischen Kolonialexpansion so stark profitiert wie Hamburg als „Tor zur Welt“. Das „koloniale Erbe“ ist im Stadtbild nach wie vor präsent – und beeinflusst unser Denken und Handeln. Leider wird Hamburgs Kolonialvergangenheit bis heute vom „offiziellen“ Hamburg ignoriert, verklärt, und verdrängt. Und das, obwohl einige Initiativen seit vielen Jahren auf das Fehlen postkolonialer Erinnerungsorte hinweisen. Diese Ignoranz ist peinlich für eine Stadt, die Weltmetropole sein will und in der Menschen aus allen Kontinenten leben. Immerhin: Es gibt vereinzelte Ansätze in den Bezirken. In Wandsbek etwa wird diskutiert, ob Straßennamen, die nach Kolonialherren benannt sind, umbenannt werden. Dennoch fehlt ein Gesamtkonzept der Hamburger Politik.

Werden Sie aktiv diese historische Verantwortung Hamburgs mit Leben füllen?

Ja.

Die GAL will, dass sich die Stadt systematisch ihrer Kolonialvergangenheit stellt und diese aufarbeitet. Ziel dieses Prozesses könnte ein zentraler Erinnerungsort in der Stadt sein, der Kolonialismus und damit die Kehrseiten des aufstrebenden Hafens im ausgehenden 19. Jahrhundert thematisiert. Die kolonialen Spuren dieser Stadt sind zahlreich, denkbar wäre auch ein ständiger Lern- und Wanderpfad durch die Speicherstadt und die HafenCity. Wie auch immer ein solcher Erinnerungsort letztlich aussieht, die Stadt muss sich ihrem verdrängten Teil der Geschichte widmen und ihre Rolle im Koordinatensystem des Welthandels – auch auf die Gegenwart bezogen – neu definieren lernen.

9. Öffentlicher Einkauf der Stadt Hamburg

Wachstum über alles? Wir meinen: Nein. Bei Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf ArbeiterInnen und Umwelt mitbedacht werden. Löhne unter dem Existenzminimum, Gewerkschaftsverbote und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen: Das ist bei der Produktion von Computern, Blumen, Textilien, Lebensmitteln, Grab- und Straßensteinen leider oft traurige Realität.

Immerhin: 2009 hat der Senat endlich die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im Vergabegesetz verankert – allerdings nur bezogen auf einige wenige Produktgruppen wie etwa Bekleidung und Spielzeug. Computer, Telefone und Kopierer zum Beispiel stehen nicht auf der Liste. Zudem sind leider noch immer keine konkreten Auswirkungen des reformierten Vergabegesetzes zu spüren.



Werden Sie die Zentralen Beschaffungsstellen in den Hamburger Behörden dazu anhalten, das Gesetz anzuwenden und seine Wirksamkeit zu überprüfen?

Ja.

Die GAL möchte das Hamburgische Vergabegesetz (HmbVgG) weiterentwickeln und konsequent zur Anwendung bringen. Zum einen müssen weitere Produktgruppen, insbesondere IT-Bereiche, mit einbezogen werden. Desweiteren wollen wir eine regelmäßige Bewertung über die sogenannten kritischen Produktgruppen und verlässlichen Zertifikate. Zudem wollen wir eine Modernisierung des Vergabesystems, die der Stadt die vergaberechtliche Beschaffung aus einer Hand ermöglicht. Eine ehrgeizige Evaluation des neuen Vergaberechtes muss hier ebenso eingefordert werden, wie der gesamten Beschaffung der Stadt und ihrer landesrechtlichen Betriebe.

Wann und für welches Produkt erwarten Sie die erste Ausschreibung größeren Ausmaßes, bei dem soziale und ökologische Kriterien ausdrücklich Berücksichtigung finden?

Die rechtlichen Grundlagen für eine solche Ausschreibung sind geschaffen.

10. Hamburger Entwicklungspolitik

Welche entwicklungspolitischen Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Die GAL wird sich auch in Zukunft mit Engagement der entwicklungspolitischen Szene der Stadt widmen. Ob Wirtschaft, Umwelt, Bildung, Kultur oder Migration: Hamburg muss in seiner Entwicklungspolitik und mit seinen Städtepartnern mehr tun. Eine Weiterentwicklung Hamburgs zur fairen Handelsstadt gehört dazu ebenso wie die Stärkung des Rates für Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik.